

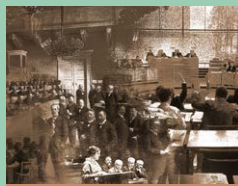
LAND TAGS KURIER



Seite 12:
Wirtschaftsausschuss
des Landtags zu Besuch
in Polen und Tschechien



Seite 20:
Sächsische Wintersport-
ler für ihre Saisonfolge
und Karrieren geehrt



Seite 21:
Rückblick auf zehn Jahre
Forschung zur Landtags-
geschichte in Sachsen

Ausgabe
3.23



Sächsischer Landtag



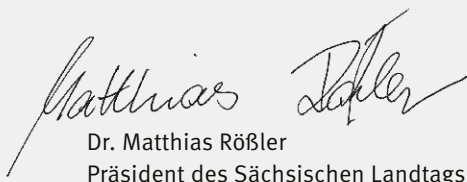
Foto: S. Giersch

Verehrte Leserinnen und Leser,

Sachsen und die Schweiz verbindet mehr, als man auf den ersten Blick meint. Ich denke etwa an den sprichwörtlichen Erfindergeist, für den unsere beiden Länder bekannt sind. Die Uhrenherstellung und der Maschinenbau haben sowohl im Freistaat als auch in der Alpenrepublik eine große Tradition. Die Landwirtschaft und der Tourismus stellen ebenfalls eine wichtige wirtschaftliche Grundlage dar. All diese Gemeinsamkeiten sind gute Gründe, um sich regelmäßig über die Grenzen hinweg auszutauschen; denn auf diese Weise kann manches voneinander gelernt werden. Nach dem Besuch einer Delegation aus dem Schweizer Kanton Bern im vergangenen Jahr war ich Anfang Mai mit mehreren Abgeordneten des Sächsischen Landtags in Bern zu Gast.

Bei diesem Besuch wurde deutlich, dass der Freistaat Sachsen und der Kanton Bern besonders beim Thema der zukünftigen Energieversorgung vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Nach wie vor bestreitet die Schweiz einen Großteil ihres Strom- und Wärmeverbrauchs mit konventionellen Energien. Den geplanten Ausbau von Wind- und Solarenergie sieht die Bevölkerung indes skeptisch – vor allem, wenn darunter der Naturschutz leidet. In Sachsen sorgen sich die Bürgerinnen und Bürger neben der Natur vor allem um die wirtschaftlichen Folgen der Energiewende. Fast drei Viertel befürchten laut einer aktuellen Umfrage negative Auswirkungen für den Industriestandort Deutschland. Nicht viel anders ist die Stimmungslage beim Thema Heizen oder der energetischen Gebäudesanierung. Auch hier haben viele Hauseigentümer Angst vor allzu hohen Kosten.

Die Debatten der vergangenen Plenartage im April haben diese aktuellen Themen gut abgebildet. Deutlich geworden ist dabei unter anderem, dass die Politik keine voreiligen Schlüsse treffen darf. Sie sollte vielmehr die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Mehr dazu lesen Sie auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe.


Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

69. Sitzung des Sächsischen Landtags Kontroverse ums Heizen AfD kritisiert Pläne zur energetischen Gebäudesanierung	4
69. Sitzung des Sächsischen Landtags Verzerrte Wahrnehmung DIE LINKE findet die Verunglimpfungen durch Mathias Döpfner exemplarisch	6
70. Sitzung des Sächsischen Landtags Bezahlbar und unkompliziert SPD erhofft sich vom 49-Euro-Ticket starke Impulse	7
70. Sitzung des Sächsischen Landtags Knappe Lebensgrundlage Wasser BÜNDNISGRÜNE problematisieren zunehmende Trockenheit	8
Hintergrundinformationen zu Trockenheit und Trinkwasser in Sachsen	10
70. Sitzung des Sächsischen Landtags Schmerzhafte Pläne CDU sieht Bund bei Krankenhausreform in der Pflicht	11

PARLAMENT

Gespräche unter guten Nachbarn Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr reist nach Tschechien und Polen	12
Laufende Gesetzgebung	14

AKTUELLES

Schweizer Energie und Herzlichkeit Landtagsdelegation besucht den Kanton Bern	16
Internationale Gäste zu Besuch	17
Es summt im Parlament Vorgestellt: Utz Weil, der Mann hinter den Landtagsbienen	18
Ehrung für Wintersportathleten Politik und Landessportbund würdigen besondere Erfolge	20

GESCHICHTE

Zahlreiche Erträge und weiterhin offene Fragen Rückblick auf die Forschungen zur Landtagsgeschichte in Sachsen seit 2013	21
--	----

SERVICE

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags	24
---	----

Ost-West-Debatte, Deutschlandticket, Krankenhäuser

// Am 26. und 27. April 2023 traten die Abgeordneten des 7. Sächsischen Landtags an zwei Plenartagen zusammen. Es waren die 69. und 70. Sitzung in der laufenden Wahlperiode. In den Aktuellen Debatten des ersten Sitzungstages ging es um die Klimapolitik der Bundes- und Landesregierung sowie die Wahrnehmung Ostdeutschlands. Am zweiten Plenartag debattierte das Parlament unter anderem die Wasserversorgung in Sachsen, das Deutschlandticket sowie die Krankenhauslandschaft auf der Tagesordnung des Parlaments. //

// Roland Pohle und Tom Unger
im Gespräch. // Foto: S. Floss



69. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Kontroverse ums Heizen

AfD kritisiert Pläne zur energetischen Gebäudesanierung

AfD: Verfehlte Baupolitik und staatliche Umverteilung

Holger Hentschel, AfD, beklagte, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland durch eine völlig verfehlte Baupolitik aus den Fugen geraten sei. Für Normalverdiener werde Wohneigentum immer schwieriger zu finanzieren. Das EU-Parlament habe zudem jüngst beschlossen, dass der gesamte Gebäudebestand in der EU bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein solle. Damit verbundene Sanierungen könnten nach Schätzung der

// Die erste Aktuelle Debatte der 69. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 26. April 2023 hatte die AfD-Fraktion beantragt. Ihr Titel lautete: »Mit grünen Verbotsorgien in die Enteignung – Sanierungszwang stoppen!«. Kürzlich hatte die Bundesregierung die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes beschlossen. Damit will sie den Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen gesetzlich verankern. //

Immobilienwirtschaft und der Bauverbände allein in Deutschland rund 250 Milliarden Euro kosten. Besonders im ländlichen Raum Sachsens bestünde die Gefahr, dass die Sanierungskosten den Wert der Häuser überstiegen. Der Abgeordnete

kritisierte ebenso die Pläne der Bundesregierung für den Austausch von Heizungen. Unklar sei insbesondere, wer die Arbeiten durchführen solle. Bereits jetzt gebe es bei Handwerkern und Baubetrieben monatelange Wartelisten.

CDU: Maßnahmen gleichen einem Verbot

Aufgrund vergleichsweise billiger Kredite hätten in den vergangenen Jahren viele Bauwillige im Sinne einer Altersvorsorge in ihre Gebäude investiert, resümierte Ingo Fleming, CDU. Damit verbunden seien häufig der Einbau moderner Fenster, einer effektiven Dämmung und einer sparsamen Heizung gewesen. Ebenso habe der Bund die Stilllegung alter Ölheizungen und den Einbau moderner Gas-, Holz- oder Solarheizungen seit einigen Jahren finanziell unter-

// Ingo Fleming

// Holger Hentschel

// Marco Böhme

// Dr. Daniel Gerber

// Volkmar Winkler // Fotos: S. Floss



stützt. Die aktuelle Bundesregierung versuche nun jedoch, Energieeffizienzmaßnahmen durchzusetzen, die praktisch einem Verbot gleichkämen. Wer das Wohl der Bürger und den Klimaschutz im Sinn habe, der verhindere unnötige finanzielle und bürokratische Belastungen und fördere die freiwillige Bereitschaft, beim Klimaschutz mitzumachen. Nachhaltigkeit bestehe immer aus einer ökologischen, einer sozialen und einer wirtschaftlichen Säule.

DIE LINKE: Heizungsumbau muss bezahlbar sein

Marco Böhme, DIE LINKE, betonte, dass die klimagerechte Modernisierung von Städten und Gebäuden im Grunde genommen ein vernünftiger Vorschlag sei. Sie ermögliche den Menschen, auch in Zukunft zu bezahlbaren Preisen heizen zu können. Denn niemand dürfe damit rechnen, dass Öl und Gas dauerhaft günstig verfügbar seien. Die weltweite Entwicklung zeige, dass gerade fossile Energieträger immer teurer würden. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft müsse deshalb davon wegkommen. Bislang sei es jedoch ein Problem, dass es sich vor allem wohlhabende Menschen leisten könnten, beispielsweise eine moderne Wärmepumpe einzubauen. Wünschenswert wäre es, dass auch die breite Bevölkerung und viele Firmen den Umbau stemmen könnten. Es brauche ebenso eine Mieterschutzklausel, die große Wohnungsbauunternehmen an den Kosten beteilige.

BÜNDNISGRÜNE: Erneuerbare Energien sichern Wohlstand

Der Klimawandel bedrohe unseren Wohlstand, warnte eindringlich Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Deswegen

müsse in allen Bereichen etwas dagegen unternommen werden, vor allem beim Verkehr und der Wärmeversorgung. Plumper Populismus werde diesem komplexen Thema nicht gerecht. Anstatt die Menschen aufzustacheln und Fake News zu verbreiten, sei eine konstruktive Debatte notwendig. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei Industriepolitik und sichere demzufolge auch den Wohlstand. Die unionsgeführten Vorgängerregierungen hätten spätestens seit dem Pariser Abkommen und dem Klimaschutzgesetz lange Zeit gehabt, konkrete Maßnahmen festzulegen, es aber nicht getan. Diese Maßnahmen müssten jetzt nachgeholt werden. Niemand werde in den Heizungskellern funktionierende Anlagen ausbauen. Es werde vielmehr lange Übergangsfristen und Härtefallregelungen geben.

SPD: Die Menschen besser einbeziehen

Volkmar Winkler, SPD, kritisierte, wie bereits andere Redner vor ihm, den geplanten Entwurf der Bundesregierung. Dieser solle für Verunsicherung in der Bevölkerung und liefere am Ende auch noch Steilvorlagen. Zwar sei die Wärmewende ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität, sie werde aber nur funktionieren, wenn die Men-



»Wichtig ist, die Leute zu motivieren und zu unterstützen sowie erst einmal das Freiwilligkeitsprinzip zu wahren.«

// Thomas Schmidt



69. Sitzung des Sächsischen Landtags

schen vor Ort mitgenommen würden. Dies sei derzeit nicht der Fall. Bei der Umsetzung des Gesetzes müsse dafür gesorgt werden, dass Mieterinnen und Mieter sowie die Eigentümer von Einfamilienhäusern, hierbei vor allem jene mit kleinem Einkommen, nicht übermäßig belastet würden. Am besten sei eine warmmietenneutrale Lösung. Denn niemandem sei geholfen, wenn Heizkosten eingespart, diese aber von Mieterhöhungen oder Sanierungsumlagen aufgezehrt würden. Die Wärmewende müsse bezahlbar bleiben.

Staatsregierung: Freiwilligkeit vor Zwang

Der Staatsminister für Regionalentwicklung, Thomas Schmidt, CDU, brachte zum Ausdruck, dass es bei diesem Thema pragmatische Ansätze brauche. Schließlich gehe es nicht nur um den Austausch einer Gasheizung gegen eine Wärmepumpe, sondern mitunter um eine fast vollständige Hausanierung. Man dürfe daher das Gesetzgebungsverfahren nicht übersteuern, schon allein deshalb, weil es zu wenig Fachpersonal gebe. Auch immer neue Regelungen aus Brüssel drohten die Leute zu überfordern. Schmidt zeigte sich davon überzeugt, dass eine vorschaltete Freiwilligkeitsphase, verbunden mit einer über die Zeit sinkenden Förderung, die bessere Lösung sei. Sie würde die Menschen motivieren, dort Förderungen in Anspruch zu nehmen, wo sich der dringendste Bedarf ergebe. Für ein besseres Gesetzgebungsverfahren sei aber im Grunde mehr Zeit nötig.

Aktuelle Debatten als Video

Auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags finden sich die Videos aller Aktuellen Debatten in voller Länge:
www.youtube.com/c/saechsischerlandtag01



69. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Rico Gebhardt // Foto: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Verzerrte Wahrnehmung

DIE LINKE findet die Verunglimpfungen durch Mathias Döpfner exemplarisch

// Das Thema »Springer-Chef zeigt elitäre Verachtung Ostdeutscher – Geringschätzung und Benachteiligung des Ostens endlich beenden!« war Gegenstand der zweiten Aktuellen Debatte der 69. Sitzung des Sächsischen Landtags. Es stammte von der Fraktion DIE LINKE. Sie bezog sich dabei auf Aussagen des Springer-Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner, die jüngst bekannt geworden waren. //

Erwartungen nicht erfüllt

Die Äußerungen von Mathias Döpfner zeigten exemplarisch, wie gewisse Eliten immer noch über den neuen Teil der Republik denken würden, hob Rico Gebhardt, DIE LINKE, an. Vor 30 Jahren seien die meisten Menschen der ehemaligen DDR mit Zuversicht und Neugier in die deutsche Einheit gegangen. Bis heute hätten sich aber viele Erwartungen nicht erfüllt. Noch immer lasse der Westen die Menschen im Osten seine ökonomische Übermacht spüren.

Von einem Einzelfall, wie dem angesprochenen, dürfe man nicht verallgemeinern, befand Sören Voigt, CDU. In Verantwortung, den Vorgang aufzuarbeiten und daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen, stünden neben Döpfner selbst der Verlag und die dazugehörigen Medien. Wenn DIE LINKE heute davon spreche, dass die Menschen im Osten abgehängt seien, liege das sicherlich nicht an den 30 Jahren harter Aufbauarbeit, sondern an 40 Jahren Sozialismus.

Nicht schlechtreden lassen

Solange DIE LINKE nicht damit aufhöre, Sachsen pauschal schlechtzureden, könne sie in einer solchen Debatte nicht ernst genommen werden, sagte André Barth, AfD. Die Sachsen hätten mit ihrer eigenen Hände Arbeit, Mut, Zuversicht, Unternehmergeist sowie einem erwachsenen Selbstvertrauen etwas geschaffen. Auch ihre Protestkultur, die genau auf das schaue, was Regierungen tun würden, sei ihnen bislang nicht verloren gegangen.

Thomas Löser, BÜNDNISGRÜNE, stellte fest, dass Döpfners Äußerungen deshalb für solche Erregung sorgten, weil sie bestätigten, was in Dirk Oschmanns Buch »Der Osten: eine westdeutsche Erfindung« erst kürzlich beschrieben worden sei: die immer wiederkehrende journalistische Abwertung des Ostens. Umgekehrt dürfe es aber auch kein pauschales Schlechtreden von Westdeutschen geben, denn unzählige würden sich bis heute für den Osten starkmachen.

Keine Anerkennung der Biografie

Frank Richter, SPD, bekannte, dass er sich nicht getroffen fühle, wenn, wie im Falle des Springer-Chefs, Ostdeutsche geringgeschätzt oder beleidigt würden. Das Demütigende im kulturellen Umgang für viele Menschen, die in der DDR aufgewachsen seien, wäre jedoch, dass ihre Biografie im Westen nicht wahrgenommen würde oder keine Anerkennung finde. Dies sei auch der wesentliche Punkt, den Dirk Oschmann in seinem Buch zum Ausdruck bringe.

Der Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, Oliver Schenk, CDU, verwies darauf, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Ostdeutschland von couragierten Menschen errungen worden seien. Die Erfahrungen vieler Menschen in Sachsen hätten besser genutzt werden können. In manchen Bereichen seien sie zu wenig vertreten. Man müsse jedoch in die Zukunft schauen. Es gehe darum, gemeinsam diese Ungleichheiten zu beseitigen.

Bezahlbar und unkompliziert

SPD erhofft sich vom 49-Euro-Ticket starke Impulse

70. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Auf der Tagesordnung der 70. Sitzung am 27. April 2023 stand die Aktuelle Debatte »Einfach, bezahlbar und klimagerecht. Das Deutschlandticket als Meilenstein für die Mobilität der Zukunft.«. Beantragt hatte sie die SPD-Fraktion. Seit dem 1. Mai 2023 können Reisende für 49 Euro pro Monat alle Verkehrsmittel des öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland nutzen. //

Bessere Verzahnung notwendig

Das Deutschlandticket zeige, dass die ÖPNV-Mobilität bezahlbar sein müsse und es einfache Systeme brauche, um sie schnell und unkompliziert zu nutzen, betonte Henning Homann, SPD. Die Weiterentwicklung des Nahverkehrs besitze für den gesamten Freistaat eine große Bedeutung, denn dadurch könnten die wachsenden Metropolen besser mit den ländlichen Regionen verzahnt werden. Zugleich müsse weiter in die Modernisierung des Bahnbestandes investiert werden.

Ingo Flemming, CDU, prophezeite, dass der neue Fahrschein für sehr viele Pendler, die schon jetzt auf Bus und Bahn setzen, günstiger werden dürfte. Bei Menschen, die trotz einer preiswerteren Alternative bisher lieber mit dem Auto unterwegs wären, sei fraglich, ob der Deutschlandtarif seine positive Wirkung entfalten werde. Grundsätzlich hätte etwas mehr Vorbereitungszeit geholfen, das 49-Euro-Ticket geräuschloser und kundensicherer einzuführen.

Investitionsprogramm statt Verbilligungen

Tobias Keller, AfD, blickte auf die Finanzierung des Einheitstickets. So sei unklar, für welchen Zeitraum der Preis stabil bleibe und ob der von Bund und Ländern bereitgestellte Zuschuss in Höhe von 3 Milliarden Euro ausreiche, um die Einnahmeausfälle zu kompensieren. Anstelle von immer billigeren Fahrkarten brauche der ÖPNV ein Investitionsprogramm, um Pünktlichkeit und Anschlussgarantien sowie die Anbindung der abgehängten ländlichen Räume zu verbessern.

Nach dem Erfolg des 9-Euro-Tickets sei der 49-Euro-Tarif längst überfällig gewesen, so Marco Böhme, DIE LINKE. Bei der Umsetzung hätte er sich jedoch mehr Mut und Konsequenz gewünscht. So gebe es immer noch einige Verkehrsverbünde, die sich nicht an die Vorgabe der Bundesregierung halten könnten, das Deutschlandticket ausschließlich digital zu vertreiben. Hinzu komme, dass der Freistaat als eines von wenigen Bundesländern keine eigenen Sozial- oder Schülerangebote schaffe.

Angebote erweitern

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, lobte das Deutschlandticket als einen Meilenstein für klimagerechte Mobilität. Es werde sicherlich viele Gelegenheitsfahrer und Neukunden dazu bewegen, fortan regelmäßig den ÖPNV zu nutzen. Allerdings bringe das beste Ticket nichts, wenn nur selten ein Bus oder eine Bahn fahre. Daher müsse das Angebot weiter ausgebaut werden. Der Freistaat Sachsen solle seiner Verantwortung gerecht werden und mehr Landesmittel für den ÖPNV einsetzen.

Die 49 Euro für das Deutschlandticket stellten bereits ein soziales Angebot dar, verwahrte sich Verkehrsminister Martin Dulig, SPD, gegen Kritik. Bevor über eine Erweiterung gesprochen werde, müsse zunächst das Angebot sichergestellt werden. Sozialtarife sollten zwischen Bund und Ländern verhandelt werden. Einseitige Finanzierungen seitens der Länder könnten sich hingegen die wenigsten leisten. Beim sachsenweit gültigen Semesterticket strebe man eine Upgrade-Möglichkeit an, um das Solidarprinzip zu erhalten.



www.landtag.sachsen.de

// Martin Dulig, Gerhard Liebscher // Fotos: O. Killig





70. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Volkmar Zschocke // Fotos: O. Killig

Dr. Daniel Thieme

Knappes Lebensgrundlage Wasser

BÜNDNISGRÜNE problematisieren zunehmende Trockenheit

BÜNDNISGRÜNE: Anpassungen notwendig

Volkmar Zschocke, BÜNDNISGRÜNE, mahnte zu Beginn der Debatte, dass das verfügbare Wasser absehbar nicht mehr ausreichen könne, um alle Bedarfe zu decken. Zugleich aber werde in Sachsen über Großansiedlungen für die wasserintensive Chipindustrie im Raum Dresden, über wachsenden Wasserbedarf in der Landwirtschaft oder Mehrbedarfe der chemischen Industrie diskutiert. Es müsste daher grundsätzlich Anpassungen beim Wasserhaushalt, dem Wassermanagement und dem Verbrauch geben. Nicht nur für den Menschen und die Natur, sondern auch für die Wirtschaft sei Wasser ein überlebensrelevant

// Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags debattierten am 27. April 2023 die Ursachen und Folgen der Trockenheit in Sachsen. Die Fraktion BÜNDNISGRÜNE hatte dazu die Aktuelle Debatte »Mit Wasser haushalten – damit Sachsen zukünftig nicht auf dem Trockenen sitzt« beantragt. //

ter Faktor. Um etwas zu ändern, müsse beispielsweise bei der Bewirtschaftung von Flüssen, bei der Bodenversiegelung und dem Schutz der Auen, Moore und Feuchtgebiete begonnen werden. Für den ressourcenschonenden Umgang mit Wasser sei ebenso die landkreis- und länderübergreifende Zusammenarbeit wichtig.

CDU: Brunnendörfer in den Blick nehmen

Die Sachsen seien im Ländervergleich die sparsamsten Was-

serverbraucher Deutschlands, hob Robert Clemen, CDU, hervor. Durchschnittlich verbräuche der Freistaat 90 Liter Frischwasser pro Einwohner und Tag, im Bundesdurchschnitt liege die Menge bei etwa 120 bis 125 Liter. Fast alle Sachsen seien mittlerweile an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen. In den 1990er Jahren seien viele Millionen Euro ausgegeben worden, um die Qualität des Wassers zu erhöhen und das Netz zu stärken. Dennoch gebe es 0,6 Prozent der Einwohner in Sachsen, die noch nicht an die zentrale Wasserversorgung an-

geschlossen seien. Um diese Brunnendörfer müsse man sich jetzt intensiv kümmern. Mit den extrem unterschiedlichen Niederschlagsereignissen der vergangenen Jahre sei die Landestalsperrenverwaltung konsequent umgegangen. Bis auf einige Ausnahmen habe sie mit den Wasserspeichern die Spitzen gut abfedern können.

AfD: Kommunen unterstützen

René Hein, AfD, prangerte an, dass das sächsische Umweltministerium vor zwei Jahren die Förderrichtlinie zur Sanierung kommunaler Abwasserkanäle stark gekürzt habe. Die Kommunen müssten endlich wieder genügend Geld erhalten, um ihren



// Robert Clemen



// René Hein



// Antonia Mertsching



// Volkmar Zschocke



// Volkmar Winkler

Aufgaben gerecht werden zu können. Neben dem natürlichen Wasserhaushalt, Talsperren und Rückhaltebecken stelle auch der Wald einen wichtigen Wasserspeicher dar. Es sei vor diesem Hintergrund verwerflich, wenn Wälder für geplante Windräder geopfert würden. René Hein machte ebenso deutlich, dass nicht nur das Trinkwassersystem Resilienz gegen natürlich auftretende Dürreperioden brauche. Auch die Absicherung bei einer möglichen Stromabschaltung spiele eine immer wichtigere Rolle. Eine schwachlastfähige Überbrückung könnte in einem solchen Fall ein Pumpspeicherwerk, wie das in Niederwartha, leisten. Allerdings müssten dazu regulatorische Hürden abgebaut werden.

DIE LINKE: Privatisierung von Wasser stoppen

Die Bundesregierung habe im vergangenen Sommer den Entwurf einer nationalen Wasserstrategie vorgestellt, so Antonia Mertsching, DIE LINKE. Doch eine einheitliche und bundesweite Vorrangregelung für den Fall, dass das Wasser tatsächlich sehr knapp werde, lasse der Entwurf vermissen. Große Mineralwasserkonzerne hätten sich Brunnen und damit den Zugang zu billigem Wasser erkaufte. Die Bundesregierung habe aber die Pflicht, diese Privatisierungen zu verhindern, denn sauberes Wasser gehöre zur Daseinsvorsorge. Der Trend fallender Grundwasserpegel

trete mittlerweile bundesweit auf. Im letzten Jahr habe jede zweite Kommune in Deutschland unter Wasserknappheit gelitten. In Brandenburg begrenze der Wasserverband Strausberg-Erkner den Verbrauch von Privathaushalten, um die zur Verfügung stehende Menge besser steuern und verteilen zu können.

SPD: Wasser klug verteilen

Die letzten Jahre seien insgesamt viel zu trocken und das Jahr 2022 im Vergleich zum langjährigen Mittel auch wärmer gewesen, pflichtete Volkmar Winkler, SPD, bei. Ernsthafte Sorgen über zu wenig Wasser müssten sich jedoch die wenigsten machen. Knapp 45 Prozent des Verbrauchs entfielen auf das verarbeitende Gewerbe und die Energieversorger, davon ein nicht geringer Teil auf Tagebaubetreiber. Es bedürfe also einer klugen Verteilung durch die Wasserbehörden und klarer Regeln. Landwirte sollten ihre Felder intelligent bewässern, Wasserversorger sogenannte Leitungsverluste vermeiden und die Verbraucher weiter zur Wassersparlichkeit angehalten werden. Eine Schlüsselrolle habe die Landwirtschaft. Sie entnehme nicht nur Wasser, sondern beeinflusse mit ihrer Feldarbeit auch die Qualität. Durch gutes Rohwasser sei es für

die Wasserversorger leichter, das Wasserangebot insgesamt zu erhöhen.

Staatsregierung: Jeder Tropfen ist kostbar

Umweltminister Wolfram Günther, BÜNDNISGRÜNE, betonte, dass Sachsen in eine Zukunft steuere, in der mit Wasser gehaushaltet werden müsse. Als Folge des Klimawandels werde es gleichzeitig an einer Stelle langanhaltende Dürre und anderswo Starkregen- und Hochwasser geben. Dies verlange, sehr sorgsam mit dem Regen umzugehen. Jeder Tropfen, der falle, sei viel zu wertvoll, als ihn nur abzuleiten. Im Bereich der Infrastruktur gebe es einen immensen Finanzierungs- und Investitionsbedarf. Es müsse aber weiterhin ermöglicht werden, dass Wasser für private Haushalte und die Wirtschaft bezahlbar bleibe. Die umlagefinanzierten Versorgungssysteme für Trink- und Brauchwasser seien in dieser Hinsicht solidarisch. Handlungsbedarf ergebe sich unter anderem bei den Talsperren. Ihr Verbundsystem müsse zum Ausgleich von unterschiedlichen Füllhöhen gestärkt werden.

»Wir steuern in eine Zukunft hinein, in der wir mit Wasser werden haushalten müssen.«

// Wolfram Günther



70. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de



Hintergrundinformationen zu Trockenheit und Trinkwasser in Sachsen

// Niedrigwasser in der Elbe // Foto: S. Giersch

// Die zurückliegenden Jahre waren in Sachsen deutlich zu trocken. Neben zu geringen Niederschlagsmengen lagen auch die Temperaturen im Jahresmittel häufig über dem langjährigen Durchschnitt. Die anhaltende Trockenheit wirkt sich spürbar auf Böden und Vegetation aus, hat aber auch Folgen für die Trinkwasserversorgung. //

In der Klimabeobachtung der vergangenen Jahre sticht besonders das Jahr 2018 hervor. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes lag die Niederschlagsmenge damals in Sachsen bei nur 65 Prozent des langjährigen Mittels. Auch in den Jahren 2019, 2020 und 2022 fielen im Freistaat teilweise deutlich zu wenig Niederschläge. Für das Wasserdefizit in den Böden war neben dem ausbleibenden Schnee und Regen noch ein zweiter Faktor verantwortlich: Höhere Temperaturen begünstigten die Verdunstung der Erdfeuchtigkeit und verstärkten so den Wassermangel zusätzlich. Das aufgebaute Minus ist trotz der Niederschläge der vergangenen Monate bisher nicht ausgeglichen.

Pflanzensterben und Waldbrandgefahr

Die Trockenheit hat Folgen für Menschen und Natur. Mehrmals ausbleibende Niederschläge in der Vegetationsperiode, verbunden mit hohen Temperaturen, können beispielsweise die Pflanzen schädigen. Durch Austrocknung des Erdreichs fehlt es ihnen an verfügbarem Bodenwasser. Das erhöht den physiologischen Stress und kann bis zum Absterben führen. Auch einzelne Bäume und ganze Waldbestände leiden unter dem Wassermangel. Hält er über eine lange Zeit an, kann das Waldbrände begünstigen, wie im Jahr 2022 in der Region Sächsische Schweiz.



// Talsperrensystem Altenberg // Foto: Landestalsperrenverwaltung Sachsen / Foto-Co Peter Schubert

Für den Menschen kann Trockenheit ebenfalls zum Problem werden, wenn beispielsweise Trinkwasser nicht mehr in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung steht. Daher sind die Talsperren und Wasserspeicher in Sachsen für eine stabile Wasserversorgung unverzichtbar. Ihre Verlässlichkeit zeigten sie beispielsweise in den Trockenjahren 2018 bis 2020. Trotz der Dürre konnten die Trinkwassertalsperren damals konstant Rohwasser an die Wasserwerke liefern.

Hohe Verlässlichkeit des Talsperrensystems

Sachsen ist nach Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den meisten Stauanlagen in Deutschland. 23 sind Trinkwassertalsperren, die sich hauptsächlich im Erzgebirge befinden. Sie decken aktuell fast die Hälfte des Trinkwasserbedarfs im Freistaat. Einige der sächsischen Trinkwassertalsperren sind bereits heute so miteinander verbunden, dass Wasser in bestimmten Größenordnungen je nach Bedarf flexibel verteilt werden kann. Damit ist es besser möglich, in Trockenperioden Engpässe zu vermeiden.



70. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Susanne Schaper, Alexander Dierks // Fotos: O. Killig

Schmerzhaftes Pläne

Dr. Daniel Thieme

CDU sieht Bund bei Krankenhausreform in der Pflicht

»Stationäre Versorgung weiterentwickeln – für eine nachhaltige Krankenhauslandschaft im Freistaat Sachsen.« stand als dritte Aktuelle Debatte auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags am 27. April 2023. Das Thema war von der CDU-Fraktion beantragt worden. In Sachsen gibt es gegenwärtig 78 Krankenhäuser mit insgesamt 25 151 Betten. //

Kompetenz der Länder bewahren

Sachsen verfüge über eine leistungsfähige und qualitativ hochwertige Krankenhauslandschaft, stellte Alexander Dierks, CDU, klar. Trotzdem müssten in den nächsten Jahren strukturelle Anpassungen vorgenommen werden. Die Überlegungen des Bundes für eine Krankenhausreform seien grundsätzlich richtig. Es müsse aber gewahrt bleiben, dass die Planungshoheit der Krankenhäuser bei den Ländern liege. Dies befördere auch ihre Akzeptanz in den Regionen.

Thomas Prantl, AfD, ging die CDU in seiner Rede scharf an. Die Fraktion hätte jahrelang nichts für die Zukunft der sächsischen Krankenhäuser getan. Anstatt sich jetzt als Macherin zu inszenieren, solle sie sich endlich konstruktiv einbringen und bei der anstehenden Struktur- und Finanzierungsreform die sächsischen Interessen konsequent vertreten. In Sachsen hätten seit der Einführung der Fallpauschalen elf Kliniken schließen müssen. Dies dürfe sich nicht wiederholen.

Reform gemeinsam entwickeln

Susanne Schaper, DIE LINKE, drückte ihre Zweifel aus, dass die Ende vergangenen Jahres beschlossene Reform etwas Substantielles und Nachhaltiges für die Krankenhauslandschaft bringen werde. Für eine ordentliche Strukturreform müsse der Freistaat Sachsen eigenes Geld bereitstellen und alle Akteure an einem Tisch zusammenbringen. Benötigt würde eine bessere Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

Petra Čagalj Sejd, BÜNDNISGRÜNE, erläuterte ihre Vorstellung einer nachhaltigen Krankenhauslandschaft. Demnach stünden

für sie eine hohe qualitative Versorgung von Patienten sowie eine nachhaltige Ausstattung der Krankenhäuser im Mittelpunkt. Weiterhin brauche es bessere Arbeitsbedingungen für das Personal und eine leistungsgerechte Bezahlung. Nachhaltigkeit bedeute auch, dass die Gebäude energetisch saniert würden und Abfall umweltgerecht entsorgt würde.

Gewinne für beide Seiten

Für spezialisierte Fachkrankenhäuser warb Simone Lang, SPD. Patienten und Klinikpersonal profitierten gleichermaßen davon, wenn gleichartige Fälle dort behandelt würden, wo das Klinikpersonal über besonders viel Erfahrung verfüge und die passende Ausstattung vorhanden sei. Eine stärkere Spezialisierung müsse nicht im Widerspruch zu einer flächendeckenden Grundversorgung stehen. Im ländlichen Raum könnten Gesundheitszentren für die Akutversorgung erhalten werden.

Staatsminister Martin Dulig, SPD, sprach für die Sächsische Staatsregierung. Aufgrund des demografischen Wandels brauche Sachsen eine Anpassung der Krankenhauslandschaft. Der Freistaat wolle jedoch selbst bestimmen, welche Häuser welche Leistungen erbringen dürften. Dies gebiete die grundgesetzlich verbriefte Zuständigkeit der Länder für die Krankenhausplanung. Das bundesrechtliche Korsett dürfe nicht zu eng sein. Sachsen benötige finanzielle Mittel, um die Reform zu begleiten.

// Frank Schaufel





// Škoda-Werkshalle in Mladá Boleslav // Foto: Landtag

Jonas Böhm

Gespräche unter guten Nachbarn

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr reist nach Tschechien und Polen

// Überregionale Partnerschaft und internationale Zusammenarbeit hießen die Stichworte eines fachpolitischen Austauschs zwischen dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (AWAV) sowie Unternehmen und Institutionen in Tschechien und Polen. Die Delegation war vom 2. bis 6. Mai 2023 in Sachsens Nachbarländern unterwegs. //



Das Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik, im westlichen Teil der Prager Altstadt gelegen, ist eine der Herzkammern der tschechischen Demokratie. Entsprechend neugierig waren die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, sich mit ihren tschechischen Parlamentskollegen auszutauschen. Angeführt von den beiden Ausschussvorsitzenden aus Sachsen und Tschechien, Ines Saborowski und Ivan Adamec, sprachen die Teilnehmer über die Wirtschaftspolitik in beiden Ländern, die besonderen Beziehungen

// Im Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik

überschreitende Kooperation. Dabei wurde deutlich, dass sowohl die sächsische als auch die tschechische Wirtschaft vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Diese umfassen beispielsweise die Digitalisierung, den Fachkräftemangel, den demografischen Wandel und die ländliche Infrastruktur. Auch der Strukturwandel in den Grenzregionen und die Energiepolitik im Angesicht der weltpolitischen Lage wurden thematisiert. Es zeigte sich, dass die Wertschätzung für die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Sachsen und der Tschechischen Republik auf beiden Seiten sehr groß ist.

Gespräche zu Wasserstoff und Energieversorgung

Der Geist der guten Partnerschaft begleitete die sächsische Delegation auch auf dem Weg zu einem Gespräch im Senat der Tschechischen Republik. Dort gab der Ausschussvorsitzende Miroslav Plevný Einblicke in das politische System des Nachbarlandes und erläuterte Details der tschechischen Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Über das Ergebnis des anschließenden Austauschs zeigten sich beide Seiten sehr erfreut. Nachdem die sächsische Delegation die Perspektive des

tschechischen Parlaments kennengelernt hatte, standen im Fortgang der Reise ein Gespräch mit Industrie- und Handelsminister Jozef Sikela auf der Agenda. Thematisiert wurden unter anderem die Wasserstoffinfrastruktur, die Energieversorgung und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union.

Die Werksbesichtigung bei Škoda in Mladá Boleslav veranschaulichte die bisher geführten Gespräche für die Abgeordneten praktisch. Bereits die Fahrt über das Werksgelände war eindrucksvoll. Wie kaum ein anderer Name steht die Marke Škoda für die Innovati-

// Im niederschlesischen Parlament (Sejmik)



// Ausschussvorsitzende Ines Saborowski (re.) // Fotos: Landtag



onskraft und wirtschaftliche Stärke der Tschechischen Republik. Die Autoindustrie gehört zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren im Land und beschäftigt mehr als 150 000 Menschen.

Ein Vertreter der Geschäftsleitung führte die sächsischen Abgeordneten durch eine der vielen Produktionshallen. Vonseiten der sächsischen Landtagsmitglieder ergaben sich zahlreiche Fragen zu technischen Details, Arbeitsbedingungen, Abläufen und Projekten der Firma. Beim anschließenden Besuch des Škoda-Museums auf dem Werksgelände nutzten die Delegationsteilnehmer zudem die Gelegenheit, die Geschichte dieses Unternehmens kennenzulernen.

Grenzübergreifende Projekte

Von Tschechien ging es anschließend weiter nach Polen. Die Region Niederschlesien gehört zu jenen Landesteilen, die wirtschaftlich und politisch besonders eng mit dem Freistaat Sachsen verknüpft sind. Auch deshalb bestanden große Erwartungen an den Informationsaustausch mit dem Ausschuss für regionale Entwicklung und Wirtschaft des niederschlesischen Sejmik (Parlament). Der Vorsitzende des Sejmik, Andrzej Jaroch, begrüßte die

// Mit Minister Sikela im Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen in Prag



sächsischen Gäste. In seiner Ansprache würdigte er die gute Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen. Bevor es um fachpolitische Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung und grenzübergreifende Projekte ging, stellten sich die Teilnehmer des Gesprächs gegenseitig vor. Dr. Maciej Zathey, Mitglied des niederschlesischen Parlamentsausschusses für regionale Entwicklung und Wirtschaft, informierte die sächsische Delegation abschließend über die Eisenbahnstruktur im deutsch-polnischen Verflechtungsraum.

Am Ende des fünftägigen Erfahrungsaustauschs mit Partnern in Prag und Breslau zogen die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ein positives Fazit. Die zahlreichen Gesprächstermine mit hochrangigen Partnern ermöglichten eine intensive Auseinandersetzung mit den fachpolitischen Themen. Aufgrund der partnerschaftlichen Atmosphäre, in der die Begegnungen verliefen, leistete die Reise einen weiteren Beitrag zur regionalen Verständigung und trug zum tieferen gegenseitigen Kennenlernen bei.



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
<p>Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten im Freistaat Sachsen (Sächsisches Migrant*innenteilhabegesetz – SächsMigrTeilhG), 7/10059 DIE LINKE</p>	<p>Das Gesetz sieht vor, Migrantinnen und Migranten in bestimmten Gremien des Freistaates Sachsen stärker zu berücksichtigen. Vorgesehen ist auch ein generelles Förderungs- und Gleichstellungsgebot. In den sächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten sollen Teilhabezentren entstehen.</p>	<p>Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) am 3. April 2023</p>
<p>Gesetz zur Errichtung eines »Sondervermögens Sozialausgleich« (Sächsisches Sozialausgleichsgesetz – SächsSozAusglG) 7/11152 DIE LINKE</p>	<p>Ein Sondervermögen zur Gewährleistung und Stärkung des sozialen Ausgleichs in Höhe von 5 Milliarden Euro soll Menschen in Sachsen von sozialen Kosten und krisenbedingten Mehrbelastungen finanziell entlasten.</p>	<p>Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) am 5. April 2023</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsrechts und weiterer verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften im Freistaat Sachsen 7/11328 Staatsregierung</p>	<p>Zur Effektivierung der Verwaltungsvollstreckung sollen Befugnisse der Vollstreckungsbehörden erweitert werden. Zudem sind im Kommunalabgabenrecht Erleichterungen für die Kommunen vorgesehen.</p>	<p>Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Sport am 6. April 2023</p>
<p>Gesetz zur Einführung eines Kopftuchverbots in Schulen und in Kindertageseinrichtungen, 7/11343 AfD</p>	<p>Schülern und Kindern in Schulen und Kindertageseinrichtungen soll das Tragen eines islamischen Kopftuchs verboten werden.</p>	<p>Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung (ffd.) am 31. März 2023</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Sächsischen Jagdgesetzes und der Sächsischen Jagdverordnung 7/12815 AfD</p>	<p>Zur Populationskontrolle von Federwild soll die Gelegebehandlung zugelassen werden. Zudem soll die Schonzeit der Nilgans zur Bestandsminimierung entfallen.</p>	<p>1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft am 27. April 2023</p>
<p>Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 7/12832 AfD</p>	<p>Um einen vollständigen und insolvenzsicheren Rückbau von Windenergieanlagen nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung sicherzustellen, sollen Betreiber künftig eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgeben und eine Sicherheitsleistung hinterlegen.</p>	<p>1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung (ffd.) sowie an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft am 27. April 2023</p>
<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes 7/12835 AfD</p>	<p>Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Kommunen bei der Verteilung und Aufnahme von geflüchteten Menschen stärker zu beteiligen.</p>	<p>1. Beratung und Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 27. April 2023</p>
<p>Gesetz über die Wahlen zum Sächsischen Landtag (Sächsisches Wahlgesetz – SächsWahlG) 7/12944 Staatsregierung</p>	<p>Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung sind einzelne Wahlkreise neu zuzuschneiden. Im Sitzzuteilungsverfahren soll zudem das Höchstzahlverfahren nach Sainte-Laguë das bisherige nach d'Hondt ablösen, wie bereits für die Kommunalwahlen geschehen.</p>	<p>Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 28. März 2023</p>
<p>Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen 7/13243 Staatsregierung</p>	<p>Ziel des Gesetzes ist die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Herstellung von Chancengerechtigkeit in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung im Freistaat Sachsen.</p>	<p>Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 26. April 2023</p>
<p>Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, 7/13269 Staatsregierung</p>	<p>Mit der Novelle werden im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen zur Verbesserung der Schutz- und Rettungsdienste umgesetzt und dabei insbesondere Erkenntnisse aus der Praxis berücksichtigt.</p>	<p>Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Sport (ffd.) sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 26. April 2023</p>

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
<p>Gesetz zur Verbesserung der Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Freistaat Sachsen (ÖPNV-für-alle-Gesetz) 7/9942 DIE LINKE</p>	<p>Der ÖPNV sollte Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr erhalten und kostengünstiger werden. Ein Mindestbedientakt sah vor, verlässlichere Verbindungen in allen sächsischen Gemeinden zu schaffen.</p>	<p>abgelehnt</p>
<p>Gesetz zum Schutz freilebender Katzen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Katzenschutzgesetz – SächsKatzSchG) 7/10250 DIE LINKE</p>	<p>Mit dem Entwurf sollte es sächsischen Kommunen rechtssicher ermöglicht werden, wirksame Tierschutzmaßnahmen wie Kastration oder Unfruchtbarmachung für freilaufende Halterkatzen einzuführen.</p>	<p>abgelehnt</p>
<p>Gesetz zur Beschleunigung der Entscheidungen über Anträge auf Zuwendungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Zuwendungsbeschleunigungsgesetz – SächsZuwendBeschleunG), 7/10914 DIE LINKE</p>	<p>Das Regelungsvorhaben verfolgte das Ziel, die Behördenpraxis bei der Bewilligung von Fördermitteln zu vereinfachen und zu beschleunigen.</p>	<p>abgelehnt</p>
<p>Gesetz zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag 7/11327 Staatsregierung</p>	<p>Der Staatsvertrag setzt die erste Phase der Reform von Auftrag und Struktur der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um. Das Zustimmungsgesetz überführt den Staatsvertrag nun in Landesrecht.</p>	<p>angenommen</p>
<p>Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierschutzgesetz und zu weiteren tierschutzrechtlichen Vorschriften 7/12058 Staatsregierung</p>	<p>Mit dem Gesetzentwurf wird ein Verweisungsfehler korrigiert, indem der Landesdirektion Sachsen nun die vollumfängliche Zuständigkeit zur Überwachung von Zucht-, Liefer- und Verwendereinrichtungen übertragen wird.</p>	<p>angenommen</p>
<p>Gesetz zur Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes 7/12945 Staatsregierung</p>	<p>Mit den beschlossenen Änderungen werden u. a. die Sätze für die Wegstreckenentschädigung und für die Übernachtungskostenersatzung bei Dienstreisen erhöht.</p>	<p>angenommen</p>

Die »Laufende Gesetzgebung« zeigt den Fortschritt in aktuellen Gesetzgebungsverfahren des Sächsischen Landtags an. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene und abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt. Stand: 28. April 2023.

Austausch zwischen Regionen und über Grenzen hinweg

// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler führt die Präsidentin des Zürcher Kantonsrates, Esther Guyer, durch das Parlament // Foto: S. Füssel

// Anfang Mai besuchte eine Delegation des Sächsischen Landtags den Kanton Bern in der Schweiz. Die Partnerschaft zwischen den Regionen besteht bereits seit dem Jahr 1996. In Sachsen waren im April und Mai ebenfalls Repräsentanten anderer Länder zu Gast und trafen hier mit Vertretern des Landtags zusammen. //



// Besichtigung der Energiezentrale Forsthaus in Bern // Foto: Landtag

Dr. Daniel Thieme

Schweizer Energie und Herzlichkeit

Landtagsdelegation besucht den Kanton Bern

// Unter Leitung von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler besuchte eine Delegation des Sächsischen Landtags vom 2. bis 5. Mai den Grossen Rat des Kantons Bern in der Schweiz. Die Beziehungen zwischen beiden Parlamenten werden durch regelmäßige Arbeitskontakte gepflegt. Letztmalig weilte im Frühjahr 2018 eine Delegation des Grossen Rates in Sachsen. //



Der **KANTON BERN** ist der zweitgrößte der 26 Kantone in der Schweiz. Die Hauptstadt Bern ist zugleich Bundesstadt und die fünftgrößte Stadt des Landes. Im Kanton Bern wohnen etwa eine Million Menschen. Neben Landwirtschaft und Tourismus sind die Uhrenindustrie und der Maschinenbau wichtige und zugleich bekannte Wirtschaftszweige.

Ein Schwerpunkt des Besuchs im Kanton Bern lag im Bereich der Energiepolitik. In einer Arbeitssitzung diskutierten die Teilnehmer über das Spannungsfeld von Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Dazu begrüßte der Berner Grossratspräsident Martin Schlup die sächsischen Abgeordneten. Die Schweiz produziert ihren Strom zu 70 Prozent aus Wasserkraft und zu rund 11 Prozent aus Fotovoltaik, Wind, Kleinwasserkraft und Biomasse. Knapp 19 Prozent stammen aus

Kernenergie und gut 2 Prozent aus Abfällen und fossilen Energieträgern. Die Wärmeerzeugung in der Schweiz geschieht noch mehrheitlich mit Heizöl und Gas.

Thematisch passend besuchte die sächsische Delegation, die neben dem Landtagspräsidenten aus acht weiteren Abgeordneten bestand, das Wasserkraftwerk Hagneck. Die Anlage zur Stromerzeugung besteht seit dem Jahre 1900 und wurde 2015 grundlegend erneuert. Dadurch liefert sie nicht nur

deutlich effizienter Energie, sondern schon auch die Umwelt. Durch Renaturierungsmaßnahmen entstand während der Sanierung ein Auenwald als bedeutendes Naturschutzgebiet.

Ebenso erkenntnisreich verlief für die sächsischen Abgeordneten der Besuch der Energiezentrale Forsthaus in der Stadt Bern. Das Heizwerk ist ein hocheffizientes Gesamtsystem, das je nach Verfügbarkeit und Jahreszeit, Müll, regionales Holz und Erdgas zu Strom und Fernwärme verbrennt. Damit

nutzt die Anlage sehr flexibel die verfügbaren Ressourcen und produziert daraus lokale Energie.

Neben diesen Stationen umfasste das Programm der Delegationsreise noch weitere Einblicke in die Wirtschaft und Kultur des Schweizer Kantons. Sollte es bei der aktuellen Regelmäßigkeit bleiben, dürfte in zwei Jahren der Grosse Rat des Kantons Bern wieder nach Sachsen reisen.

Besuch des armenischen Parlamentspräsidenten

Der Präsident der armenischen Nationalversammlung, Alen Simonyan, sowie der Botschafter der Republik Armenien, Viktor Yengibaryan, besuchten am 29. März 2023 Sachsen. Im Landtag trafen sie sich mit Parlamentspräsident Dr. Matthias Röbner zu einem Gespräch. An der Begegnung nahmen mehrere Abgeordnete der armenischen Nationalversammlung teil. Zu Beginn besichtigten die Gäste den Landtagsneubau mit dem Plenarsaal.

Foto: M. Rietschel



ARMENIEN
Bevölkerung:
2,9 Millionen
Einwohner,
Fläche ca.
29 700 km²



Vertretung des Kantonsrates Zürich zu Gast

Am 21. April 2023 empfing Sachsens Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner die Präsidentin des Zürcher Kantonsrates, Esther Guyer, zu einem Gespräch. Nach der Begrüßung am Eingang des Landtagsneubaus führte er sie durch das Parlament und den Plenarsaal. Guyer kam in Begleitung weiterer Mitglieder des Kantonsrates nach Dresden. Auf ihrer Reise informierte sich die Delegation über die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten Sachsens.

Foto: S. Füssel



KANTON ZÜRICH
Bevölkerung:
1,5 Millionen
Einwohner,
Fläche ca.
1 700 km²



Internationale Gäste zu Besuch

// Vertreter aus Armenien, Schweden, Zürich und Flandern waren im März und April im Sächsischen Landtag zu Gast und tauschten sich mit Parlamentspräsident Dr. Matthias Röbner und weiteren Abgeordneten aus. //



FLANDERN
Bevölkerung:
6,7 Millionen
Einwohner,
Fläche ca.
13 500 km²

Foto: S. Floss



SCHWEDEN
Bevölkerung:
10,4 Millionen
Einwohner,
Fläche ca.
450 000 km²

Foto: Landtag



Flämischer Parlamentsausschuss in Sachsen

Der Ausschuss für Kultur, Jugend, Sport und Medien des Flämischen Parlamentes weilte am 25. und 26. April 2023 in Dresden. Auf dem Besuchsprogramm standen unter anderem Gespräche mit dem Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus des Sächsischen Landtags sowie mit dem Ausschuss für Inneres und Sport. Das Flämische Parlament ist die Volksvertretung der Flämischen Gemeinschaft und der Region Flandern, einen von drei Gliedstaaten in Belgien.

Ziele der EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt

Auf Einladung des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung besuchte der schwedische Botschafter Per Thöresson am 28. April 2023 den Sächsischen Landtag. Dort stellte er das Abreitsprogramm der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2023 vor. Das skandinavische Land hat sich das Ziel gesetzt, angesichts der angespannten sicherheitspolitischen Lage in Europa, die Einheit innerhalb der EU weiter zu stärken.



Katja Ciesluk

Es summt im Parlament

Vorgestellt: Utz Weil, der Mann hinter den Landtagsbienen

// Seit 2016 leben Bienen im Innenhof des Sächsischen Landtags und sammeln fleißig Honig. Aus Sicht von Landtagspräsident und Bienenfreund Dr. Matthias Rößler nicht zuletzt ein politisches Symbol, mit dem das Parlament die Bienenzucht unterstützt und die Bedeutung der Insekten für eine intakte Umwelt unterstreicht. Utz Weil vom Imkerverein Dresden e. V. betreut die Bienenvölker seit nunmehr sieben Jahren. Wir haben mit dem Mann hinter den Landtagsbienen gesprochen. //

Herr Weil, Sie sind unser Landtagsimker. Wer steckt hinter dem süßen Honig?

Ein Mann, dem der Umgang mit den Bienen sehr viel Freude bereitet. Die Imkerei ist ein wunderbarer Ausgleich zu meiner Tätigkeit als Consultant in der IT-Branche. Der Standort liegt auf meinem Arbeitsweg, sodass ich vor Dienstbeginn oder nach Feierabend hier stoppen und nach den Völkern schauen kann.

Wie wird man Parlamentsimker?

Der Imkerverein Dresden e. V. betreut die Bienen am Landtag und suchte 2016 ein Vereinsmitglied für diese Aufgabe. Ich war damals noch ein Neuling in der Bienenzucht und bin zunächst als »Lehrling« bei Imker Markus Lippmann mitgelaufen. Die Landtagsbienen waren gleich meine ersten Völker. Seit rund fünf Jahren kümmerge ich mich eigenständig um sie.

Sind unsere Landtagsbienen gut durch den vergangenen Winter gekommen?

Für die Bienen war es leider kein guter Winter. Die Varroa-Milben haben zugeschlagen. Sie sind der gefährlichste Feind der Bienen. Nur zwei Völker haben überlebt. Ich habe jetzt ein neues Volk eingesetzt, das sich sehr gut entwickelt und demnächst geteilt werden kann. Perspektivisch sollen wieder sieben Völker den Innenhof des Parlaments bewohnen.



Dürfen wir uns also bald wieder auf Landtagshonig freuen?

Ich hoffe auf angenehme Frühlingstemperaturen. Die Bienen brauchen etwa 12 Grad, damit sie ausfliegen. Im Umfeld des Landtags finden sie dann genügend Blüten, um fleißig Honig einzutragen. Normalerweise ernte ich pro Jahr eine Frühlings- und eine Sommertracht. Je nach den Umständen kann eine Tracht bis zu 80 Kilogramm einbringen.

Ihr Honig wird meist besonderen Gästen des Landtags überreicht und ist damit als süßes Präsent schon in zahlreiche Regionen und Länder gereist.

Das ist natürlich eine schöne Anerkennung meiner Arbeit,

zumal ich den Honig sogar noch von Hand schleudere. Ich freue mich, wenn damit Menschen ein Lächeln ins Gesicht gezaubert wird.

Wie sind Sie zu diesem Hobby gekommen?

Im Jahr 2012 habe ich den Dokumentarfilm »More than Honey« gesehen. Darin thematisiert der Schweizer Regisseur Markus Imhoof das weltweite Bienensterben und legt dar, dass mehr als ein Drittel unserer Nahrungsmittel ohne das Zutun der Bienen, also ohne Bestäubung, nicht gedeihen würde. Das hat mich inspiriert und ich wollte sofort Bienenbeuten im heimischen Garten aufstellen. Meine Frau war von dieser Idee zunächst nicht angetan.



// Utz Weil // Fotos: S. Füssel

Wie ging es dann weiter?

Unsere Tochter hat interveniert und darauf gedrungen, das Thema weiter zu verfolgen. Schließlich hat mir meine Frau einen Imkerkurs geschenkt, den ich gemeinsam mit meiner Tochter 2015 absolviert habe. Danach war meine Leidenschaft für die Bienen endgültig geweckt.

Haben Sie mittlerweile auch Bienenstöcke in Ihrem Garten?

Ja. 2017 habe ich meinen ersten Schwarm eingefangen und zunächst in unserem Garten in Dresden-Weixdorf untergebracht. Mittlerweile leben drei bis vier Völker bei uns zu Hause. Außerdem betreue ich auch noch Bienen in einer Kleingartenanlage in Dresden-Reick.

Das ist sicher sehr zeitaufwändig?

Ja, besonders im Sommer ist das ein sehr zeitintensives Hobby. Jedes Volk sollte man dann einmal pro Woche in

Augenschein nehmen. Man kommt dabei in einen wunderbaren Flow, ist ganz bei sich und der Natur. Es ist ein tolles Erlebnis, mit diesen faszinierenden Tieren zu arbeiten und zugleich einen wichtigen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten.

Honig ist etwas Süßes, allerdings ist die Arbeit mit den Bienen nicht immer ein Honigschlecken. Haben Sie keine Angst, gestochen zu werden?

Gearbeitet wird natürlich nur mit Schutzkleidung, also dem sogenannten Schleier und Handschuhen. Dennoch gehören gelegentliche Stiche dazu. Aber das stört mich nicht. Die heftigste Erfahrung in dieser Richtung passierte gleich am Anfang meiner Imkerkarriere hier im Landtag. Beim Umzug der Bienen von ihrem ersten Standort auf der Außenterrasse in den Innenhof fiel meinem Kollegen versehentlich eine Beute aus der Hand. Die Bienen schreckten auf. Ich hatte keine Schutzkleidung angezogen und trug zehn Bienenstiche im Gesicht davon. Daraus habe ich gelernt und es hat mich nicht abgeschreckt. Das Imkern ist mittlerweile ein fester Bestandteil meines Lebens.

Vielen Dank für das Gespräch!



Dr. Daniel Thieme

Ehrung für Wintersportathleten

Politik und Landessportbund würdigen besondere Erfolge

// Glückwünsche von Innenminister Armin Schuster und Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler // Foto: LSB/Kristin Schmidt

// Sachsens Wintersportler konnten in der abgelaufenen Saison zahlreiche internationale Erfolge feiern. Im Sächsischen Landtag wurden Mitte April die besten unter ihnen geehrt. Ins Goldene Buch des Sports trug sich unter anderem der Nordische Kombinierer Eric Frenzel ein, der in diesem Jahr seine außergewöhnliche Karriere beendet hatte. //

Weltmeister-Titel für Rennrodlerin **JESSICA DEGENHARDT** im Einzel sowie im Sprint im Doppelsitzer

Foto: picture alliance/dpa / Friso Gentsch



Skisprungweltmeisterin **SELINA FREITAG** triumphierte im Dameneinzel sowie auch im Mixed-Team.

Foto: picture alliance / Tadeusz Mieczynski

FRANCESCO FRIEDRICH holte sich mit seinen Anschließern **CANDY BAUER, THORSTEN MARGIS** und **ALEXANDER SCHÜLLER** den Weltmeister-Titel sowie den Weltcup-Gesamtsieg im Viererbob.

Foto: picture alliance / Stefan Adelsberger



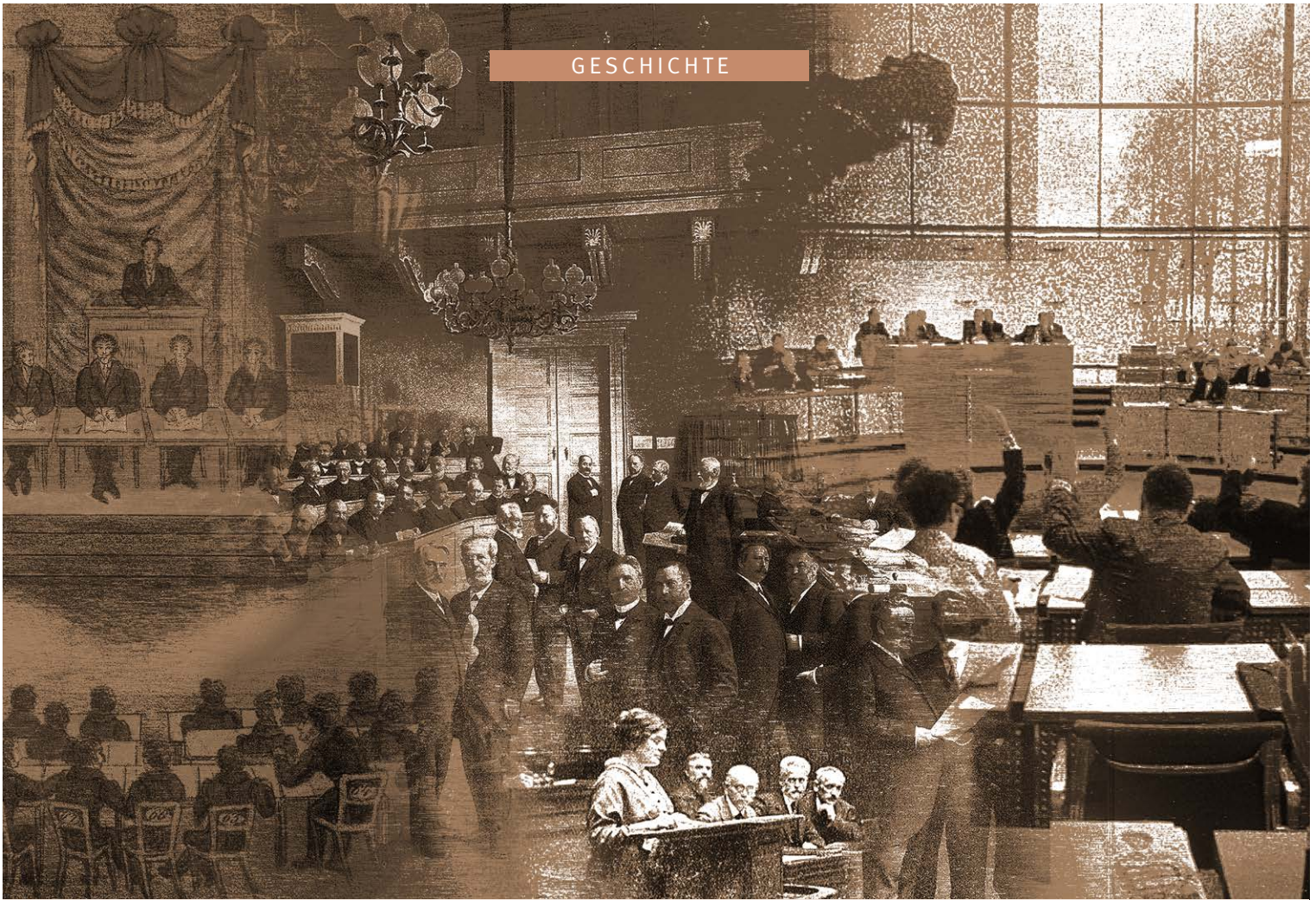
An der Skisprungschanze, im Eiskanal oder in der Loipe holen Sportlerinnen und Sportler aus Sachsen regelmäßig Medaillen und Podestplätze. In der vergangenen Wintersaison gewannen die sächsischen Leistungssportler bei internationalen Wettkämpfen je 16-mal Gold, Silber und Bronze. Zudem gab es 40 weitere Top-10-Platzierungen, vier Weltcup-Gesamtsiege und mehrere Doppel-Weltmeistertitel. Um diese Ergebnisse gebührend zu feiern, hatten der Landessportbund Sachsen und das Sächsische Innenministerium am 17. April 2023 in den Landtag eingeladen.

Schirmherr und Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler begrüßte die Gäste und hob dabei den Wert des Sports für die Gesellschaft hervor. Er sagte: »In unserer Demokratie werden Werte großgeschrieben, die auch im Sport wichtig sind. Dazu gehören für mich Engagement und Teamgeist, Leistung und Verlässlichkeit. Auf ihnen baut auch eine starke und aktive Bürgergesellschaft auf.«

Sachsens Innenminister Armin Schuster, CDU, fand ebenfalls viele lobende Worte für die Athletinnen und Athleten: »Die errungenen Edelmetalle zeigen, dass Sie Sachsen in dieser Wintersportsaison herausragend vertreten haben. Sie haben mit ihrem unermüdlischen Ehrgeiz bewiesen: Sachsen ist und bleibt verdient Wintersportland.«

Die Erfolge könnten sich sehen lassen, betonte auch Klaus-Ulrich Mau vom Landessportbund Sachsen. »Sie sind das Ergebnis von Disziplin, einem starken Leistungswillen und einer gelungenen Förderung.« Die Leistung der Trainer könnte ebenfalls nicht genug gewürdigt werden.

Ein Highlight der Veranstaltung waren die neuen Eintragungen in das Goldene Buch des Sports. Unter anderem durften sich vier verdiente Athletinnen und Athleten zum Ende ihrer leistungssportlichen Laufbahn verewigen: Stephanie Schneider, Martin Grothkopp, Nico Ihle und Eric Frenzel.



Prof. Dr. Josef Matzerath

Zahlreiche Erträge und weiterhin offene Fragen

Rückblick auf die Forschungen zur Landtagsgeschichte in Sachsen seit 2013

// Der Sächsische Landtag förderte über viele Jahre ein Forschungsprojekt der TU Dresden zur Geschichte der sächsischen Landtage. Die dabei erschienenen Bücher stellte der Landtagskurier immer wieder vor. Als einer der Leiter des Projekts fasst Prof. Dr. Josef Matzerath die zentralen Erkenntnisse zusammen und weist auf noch bestehende Forschungsfragen hin. //

WEITER AUF SEITE 22 ►►►



Einen Überblick zu allen Bänden bietet der Thorbecke-Verlag.

shop.verlagsgruppe-patmos.de/thorbecke/geschichte-fachbuch/studien-und-schriften-zur-geschichte-der-saechsischen-landtage



Sachsen hat in Deutschland eine der dichtesten Landtagsgeschichten, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Die Überlieferung zu den Landtagen im Kurfürstentum und Königreich Sachsen, in der Weimarer Republik, in der SBZ/DDR und seit 1990 ist so umfangreich, dass ein Forscherleben nicht reicht, alle Quellen zu lesen. Von 2013 an hat der heutige Sächsische Landtag ein Forschungsprojekt gefördert, in dem sieben Dissertationen und drei weitere wissenschaftliche Bücher erschienen sind. Dieses Graduiertenkolleg vertritt die Ansicht, dass es nicht einen sächsischen Landtag vom Mittelalter bis in die Gegenwart gab. Es existierten vielmehr nacheinander mehrere Parlamentstypen, die sich immer gleich nannten, nämlich sächsischer Landtag. Diese Parlamente hatten unter-

schiedliche Kompetenzen. Sie waren aber sämtlich Anwesenheitsversammlungen, deren Teilnehmer und Teilnehmerinnen sich jedoch unterschiedlich legitimierten. Die Landtage trafen auch nach unterschiedlichen Verfahren Entscheidungen und definierten auf jeweils abweichende Art das, was sie repräsentierten.

Bislang hat vor allem die Frühneuzeitforschung betont, die Verfahren von vormodernen Ständeversammlungen und modernen Parlamenten seien fundamental verschieden. Deshalb gebe es keine Kontinuität zwischen frühneuzeitlichen und modernen Landtagen. Die Ebene der Sinnsetzung für ein Ganzes ist in dieser Argumentation nicht berücksichtigt. Aber genau da finden sich Kontinuitäten über die Epochen hinweg. Wie heute noch in England wurden bei-

spielsweise von 1631 bis 1918 im Dresdner Residenzschloss die Landtage mit einer feierlichen Zeremonie vom Kurfürsten und später vom König eröffnet. Über drei Jahrhunderte repräsentierte das Zeremoniell stets ganz Sachsen. Innerhalb dieses Zeitraums fiel der Epochenwechsel von der Frühen Neuzeit zur Moderne. Trotz Wandel blieb die Sinnsetzung konstant.

Auch heutige Parlamente, die nicht mehr von frühneuzeitlichen Ständen oder Honoratiorenpolitikern des 19. Jahrhunderts dominiert sind, nehmen weiter Sinnsetzungen für das Ganze vor. Ein Beispiel dafür ist der Neubau des Sächsischen Landtags zu Beginn der 1990er-Jahre. Mit den Glasfassaden des Plenarsaals setzten Parlament und Architekt bewusst auf Transparenz. Das war ein Bekenntnis zum freien öffentlichen Diskurs.

Oder eine Deklaration gegen die zensierte und gelenkte Öffentlichkeit der DDR. Die jüngste Forschung zu den sächsischen Landtagen hat solche kulturellen Operationen herausgearbeitet, mit denen Sinn vermittelt und Ordnung aufrechterhalten wird.

Verfestigung der Selbstständigkeit

Durch diesen historiografischen Zugriff konnte das Graduiertenkolleg zur Geschichte der sächsischen Landtage eine Reihe von neuen Erkenntnissen gewinnen. Die Landtage in Sachsen entstanden aus politischen Versammlungen, die am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Frühen Neuzeit noch kaum institutionalisiert waren. Ihre Tagungsmodalitäten verfestig-

ten sich zum ersten Mal, als die Landtage von 1550 bis 1628 in Torgau und damit kontinuierlich am selben Ort tagten. Seit dann die Kurfürsten die Landtage nicht mehr zweimal täglich ausspeisten, sondern seit 1622 Diäten zahlten, emanzipierten sich die Stände von Vorgaben des Hofes. Die Landtage wurden selbstständiger. Sie handelten untereinander aus, wie sie tagen wollten. Das Resultat wurde 1728 in einer Landtagsordnung festgeschrieben. Seither gibt es verschriftlichte Normen, deren Veränderungen dokumentiert sind.

Auch manche eingeschliffenen Vorstellungen lösten sich im Graduiertenkolleg auf. Durch die DDR-Historiografie hatten sich für das Kaiserreich und die Weimarer Republik lediglich die linken Narrative nachhaltig etabliert. Es stimmt zwar, dass die SPD bis zum Ende der Monarchie durch das Wahlrecht benachteiligt war. Das steht zu recht in jedem Geschichtsbuch. Zugleich aber hat der sächsische Landtag seit 1831 die Gesellschaft gesetzlich so eingeeignet, dass Sachsen zu einem der Industrialisierungskerne in Deutschland wurde. Diese Groß-erzählung haben die Liberalen schon um 1900 präsentiert. Sie fehlte aber über Jahrzehnte in den Geschichtsbüchern. Ebenso herrschte im sächsischen Landtag der Weimarer Republik keine permanent unüberbrückbare Konfrontation zwischen dem



Mock up: yeven_popov – Freepik

linken und dem sogenannten bürgerlichen Lager. Das ist eine Legende. Bis 1929 kamen Koalitionen in der Mitte zustande. Sozialdemokraten regierten mit Liberalen, später sogar mit der nationalkonservativen DNVP.

Weiterhin offene Forschungsfragen

Das Graduiertenkolleg hat insgesamt zehn Bücher zur Geschichte der sächsischen Landtage hervorgebracht. Forschungsbedarf ist dennoch weiterhin angezeigt, vieles liegt noch im Verborgenen und konnte bisher nicht wissenschaftlich

untersucht werden. Das betrifft alle Zeiträume in unterschiedlicher Tiefe. So liegt beispielsweise für die gesamte Frühe Neuzeit bisher nur eine einzige Dissertation vor. Auch das 19. Jahrhundert ist bei Weitem nicht ausgeleuchtet. Für das Kaiserreich fehlen weiterhin Grundlagenarbeiten. Ein Buch mit Viten und Fotografien der sächsischen Landtagsabgeordneten zur Zeit der Weimarer Re-

publik gibt es noch nicht. Offen geblieben ist bisher auch die jüngste Landtagsgeschichte nach 1994.

Gegenüber all diesen Desiderata zu den sächsischen Landtagen ist die Lage für die Oberlausitz, die bis 1817 eine eigene Landtagsgeschichte hat, geradezu trostlos. Eine zeitgemäße Oberlausitzer Parlamentsgeschichte zu erarbeiten, steht also noch aus.



Buchbestellung über die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung:

https://shop.slpb.de/pub_online/145-geschichte-der-saechsischen-landtage.html

Das Graduiertenkolleg zur Erforschung der Landtagsgeschichte

Von 2013 bis 2018 arbeitete unter maßgeblicher Förderung des Sächsischen Landtags das Graduiertenkolleg »Geschichte der sächsischen Landtage« an der Technischen Universität Dresden. Die Leiter des Kollegs waren der sächsische Landeshistoriker Prof. Dr. Josef Matzerath und der Professor für mittelalterliche Geschichte, Prof. Dr. Uwe Israel. Unter dem Dach der Graduiertenakademie der TU Dresden wurden sechs Doktoranden bis zu drei Jahren gefördert. Die Drucklegung ihrer Dissertationen erfolgte in der projekteigenen

Publikationsreihe »Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage« beim Thorbecke-Verlag. Insgesamt erschienen 10 Bände. Assoziiert waren drei weitere Wissenschaftler mit einschlägigen Forschungsthemen. Über die Jahre fanden diverse Besprechungen und Diskussionen von einzelnen Arbeiten und Projektvorhaben bei gemeinsamen Treffen des Kollegs sowie Exkursionen in Dresden, nach Torgau und Weimar statt. Die Ergebnisse wurden fortwährend der Öffentlichkeit vorgestellt.



UN-Simulation »elbMUN« zu Gast im Landtag

Vom 12. bis zum 16. April 2023 wurde in Dresden zu globalen Fragen debattiert und verhandelt. Der studentische Verein »elbMUN« (Elbe Model United Nations e.V.) hatte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt zu einer Simulation der Vereinten Nationen eingeladen. Die Eröffnungszereemonie erlebten die Studierenden im Plenarsaal des Sächsischen Landtags. In seiner Grußbotschaft warb Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner für Vertrauen in die Kraft der Diplomatie.



Dresdner Schüler gewinnen bei »Jugend debattiert«

Das sächsische Landesfinale von »Jugend debattiert« fand am 19. April 2023 im Plenarsaal des Landtags statt. In der Altersgruppe I (8. bis 10. Jahrgangsstufe) gewann Julian Nietzold vom Ehrenfried-Walther-von-Tschirnhaus-Gymnasium in Dresden, in der Altersgruppe II (10. bis 12. Jahrgangsstufe) siegte Ludwig Großmann vom Romain-Rolland-Gymnasium Dresden. Der Sächsische Landtag ist seit vielen Jahren Kooperationspartner des Wettbewerbs. Er fördert die Fähigkeit von Schülerinnen und Schülern, sachliche Debatten auf der Grundlage von gut recherchierten Argumenten zu führen.

Gut organisiert ins neue Schuljahr

Seit Anfang Mai können Sie unseren druckfrischen Schülerkalender für das kommende Schuljahr 2023/2024 bestellen. Als handlicher Wochenplaner passt er nicht nur in jede Schultasche, sondern informiert auch über alles Wissenswerte rund um die Arbeit des Parlaments und erklärt Fachbegriffe zum Sächsischen Landtag. Außerdem gibt er wichtige Tipps zum Umgang mit sozialen Netzwerken und Fake News. Bestellen können Sie den Schülerkalender ganz einfach per Mail: publikation@slt.sachsen.de oder telefonisch unter: **0351 4935133**.



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:

- 31.05. – 01.06.2023
- 05.07. – 06.07.2023
- 20.09. – 21.09.2023
- 08.11. – 09.11.2023
- 13.12. – 14.12.2023

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

- CDU
Tel. 0351 493-5601
- AfD
Tel. 0351 493-4201
- DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
- BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
- SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Anmeldungen für Digital- und Präsenzführungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Bürgerfoyer

Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« sowie Wechselausstellungen: Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbrief

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Tina Kablau, Rüdiger Soster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 08.05.2023
Gastautoren: Prof. Dr. Josef Matzerath (TU Dresden), Jonas Böhm (Sächsischer Landtag)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

